

Zeitschrift: Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge
enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und
Sozialversicherungswesens

Herausgeber: Schweizerische Armenpfleger-Konferenz

Band: 45 (1948)

Heft: 1

Artikel: Die neuen Aufgaben der Stiftung "Für das Alter"

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-837088>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die neuen Aufgaben der Stiftung „Für das Alter“

Die Schweizerische Stiftung „Für das Alter“, die während ihres dreißigjährigen Wirkens viel seelische und wirtschaftliche Altersnot gemildert und den Boden für ein umfassendes Versicherungswerk geschaffen hat, sah sich schon in den Jahren 1946 und 1947 vor eine neue Aufgabe gestellt, als durch die Übergangsordnung gemäß Bundesratsbeschuß vom 9. Oktober 1945 die Bekämpfung der wirtschaftlichen Altersnot des Schweizervolkes erstmals auf breiter Grundlage unter Einsatz erheblicher Mittel in Angriff genommen wurde. Die Stiftung war nunmehr imstande, sich vermehrt ihrer eigentlichen Aufgabe zu widmen: der *Einzelfürsorge* und der *Alterspflege*. Die Stiftung war aber auch in der Lage, Lücken zu füllen und Härten zu mildern, die die Übergangsordnung mit sich brachte. Sie erhielt zu diesem Zweck vom Bund Beiträge, für deren Verwendung er Vorschriften erließ. Nachdem das zweijährige Provisorium einer definitiven gesetzlichen Regelung Platz gemacht hat, sieht sich die Stiftung veranlaßt, ihren Tätigkeitsbereich neu abzustecken. Der Präsident des Direktionskomitees, *Prof. Dr. E. Delaquis*, hat an der Abgeordnetenversammlung der Schweizerischen Stiftung „Für das Alter“ vom 3. September 1947 in Bern die Aufgaben der Stiftung nach Inkrafttreten der eidg. Altersversicherung wie folgt umschrieben:

1. Unterstützung bedürftiger schweizerischer Greise, welche zwar das 65. Altersjahr zurückgelegt haben, aber erst nach Ablauf der Wartefrist Anspruch auf eine Altersrente haben. Durch das Gesetz wird die maximale Wartefrist auf ein halbes Jahr festgesetzt. (Bekanntlich erhalten Greise und Greisinnen, die im Verlaufe der ersten 6 Monate des Jahres 1948 das 65. Altersjahr erreichen die Rente frühestens ab 1. Juli 1948, sofern sie die übrigen Bedingungen erfüllen).
2. Unterstützung bedürftiger schweizerischer Greise, welche keinen Anspruch auf die Übergangsrente haben, weil ihr Einkommen die Höchstgrenze erreicht. Die Einkommensgrenzen sind für Normalfälle berechnet. Wo aber z. B. alten Leuten, die einer besonderen Pflege bedürfen, Extraauslagen erwachsen, sind die Einkommensgrenzen zu niedrig. Hier soll die Stiftung durch Zuschüsse die Hilfe der Armenpflege überflüssig machen.
3. Unterstützung schweizerischer Greise, welche zwar eine Übergangsrente erhalten, für welche sie aber wegen besonderer Umstände wie Krankheit, Unfall, Überschuldung oder Teuerung nicht zum Lebensunterhalt ausreicht. Es ist zu beachten, daß es auch in den Kantonen mit zusätzlichen kantonalen Altersbeihilfen Fälle geben wird, in denen die Stiftung einspringen muß: z. B. wenn die Karenzfrist für den Bezug der kantonalen Altersbeihilfe nicht erfüllt ist, oder ein Ehepaar nur eine einfache kantonale Altersbeihilfe erhält, weil noch nicht beide Ehegatten 65 Jahre alt sind, oder entweder nur die Übergangsrente oder die kantonale Altersbeihilfe in Frage kommt.
4. Unterstützung der vorzeitig Altersgebrechlichen, wobei Personen im Alter von 60—65 Jahren in Erwägung zu ziehen sind.
5. Unterstützung bedürftiger Ausländer, die keinen Anspruch auf eine Übergangsrente und bloß einen verklausulierten Anspruch auf eine ordentliche Altersrente haben. In erster Linie werden gebürtige Schweizerinnen und solche Ausländer, die mindestens 25—30 Jahre in der Schweiz niedergelassen sind, in Betracht fallen.
6. Errichtung und Ausbau von Alters- und Pflegeheimen.

7. Förderung der Alterspflege. Hier ist u. a. zu verstehen: das Herausnehmen der Betagten aus ihrer Vereinsamung und körperlich-geistigen Verkümmерung durch Stärkung der Bande zwischen der jungen und alten Generation, Besuche, Weihnachtsfeiern, gesellige Anlässe, Ausflüge usw.

Inwieweit diese Pläne verwirklicht werden können hängt ab von den künftigen finanziellen und personellen Kräften der Stiftung. Nach Art. 98 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung ist der Bundesrat befugt, der Schweizerischen Stiftung „Für das Alter“ aus ordentlichen Bundesmitteln Beiträge zu gewähren zur Unterstützung bedürftiger Greise, denen kein Anspruch auf eine ordentliche Rente zusteht und für welche die Übergangsrente wegen besonderer Umstände (Krankheit, Unglücksfall, Überschuldung usw.) nicht ausreicht. Der Bundesbeitrag betrug bisher 3 Millionen Franken jährlich. Zur Zeit ist es noch unbestimmt, ob und in welcher Höhe der Bund in Zukunft der Stiftung Beiträge gewähren wird. Aber auch dann, wenn die bisherige Bundessubvention weiterfließt, wird das aufgestellte Programm nicht in allen Landesgegenden gleichmäßig zur Verwirklichung gelangen. So wird z. B. das Bedürfnis, die Alterspflege (*séniculture*) auszubauen, nicht überall gleich stark empfunden. Dazu kommt, daß die Alterspflege mehr persönlichen Einsatz erfordert als die Auszahlung von Renten. Der Einsatz ehrenamtlicher Kräfte wird nur erfolgreich sein, wenn sich geeignete Personen zur Verfügung stellen. Werden indessen bezahlte Kräfte angestellt, so müssen die nötigen Mittel beschafft werden.

Nebst den Beiträgen aus öffentlichen Mitteln einzelner Kantone (seit 1922) und des Bundes (seit 1929) verfügt die Stiftung auch über eigene Gelder aus den jährlichen Sammlungen und privaten Zuwendungen. Die Ergebnisse der jährlichen Sammlungen (1918: $\frac{1}{4}$ Million Franken) sind von Jahr zu Jahr angestiegen und überschritten im Jahre 1942 erstmals die Millionengrenze. Der Ertrag pro 1946 zeigte einen kleinen Rückschlag; er lag um wenig unterhalb einer Million. Im Jahre 1946 wurden durch die Kantonalkomitees und die Zentralkasse der Stiftung für vorzeitig Altersgebrechliche und Ausländer Fr. 666 872.— und für Alterspflege, Beiträge an Altersheime usw. Fr. 246 058.—, total Fr. 912 930.— aufgewendet.

Z.

Die Pro-Juventute-Bundeshilfe für Witwen und Waisen in den Jahren 1946 und 1947

Von Rosemarie Weiß, Leiterin der Abteilung Witwen- und Waisenhilfe
des Zentralsekretariates Pro Juventute, Zürich

Die Übergangsordnung für die Ausrichtung von Alters- und Hinterlassenenrenten vom 9. Oktober 1945, die am 1. Januar 1946 in Kraft getreten ist, geht am 31. Dezember 1947 zu Ende. Gemäß dieses Bundesgesetzes haben in den Jahren 1946 und 1947 vor allem Hinterlassene mit kleinem Einkommen Anspruch auf eine solche Rente, während Witwen und Waisen mit einem gewissen Einkommen nur eine gekürzte oder überhaupt keine Rente erhalten. Für diejenigen Witwen und Waisen nun, deren Einkommen die festgesetzten Einkommensgrenzen übersteigt und die ihr Auskommen trotzdem nicht finden können, bietet die Pro-Juventute-Bundeshilfe die Möglichkeit, wirksame Hilfe zu gewähren.

Der Bundesrat hat im Bundesratsbeschuß vom 9. Oktober 1945 in Art. 26b der Stiftung Pro Juventute den Betrag von je einer Million Franken für die